

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

VIERTES JAHR  
MAI 1953

HEINZ-DIETRICH ORTLIEB

## Wirtschaftsdemagogie

1. Die öffentliche Diskussion zwischen Liberalisten und Sozialisten, zwischen Unternehmern und Gewerkschaften über ordnungspolitische Fragen krankt nicht erst seit gestern daran, daß sie meist gar keine echte Diskussion ist, in der mit Argument und Gegenargument die Dinge zu Ende gedacht werden, sondern aus lauter Monologen besteht, in denen die Diskussionspartner entweder von den Argumenten des Gegners keine Notiz nehmen oder sie so entstellen, daß es nicht schwerfällt, sie lächerlich oder verächtlich zu machen und dann zu ignorieren. Diese fruchtlose Methode des Aneinander vorbeiredens wird um so konsequenter angewendet, je dogmatischer der eigene Standpunkt ist. Sie entartet zur Peinlichkeit, wenn dabei die Demagogie des anderen mit Hilfe einer Pseudobeweisführung „angeprangert“ wird, die mit den gleichen demagogischen Tricks arbeitet wie angeblich oder tatsächlich der Gegner.

Manchmal kommt es sogar vor, daß der angebliche Anti-Demagoge mit soviel demagogischer Gerissenheit den feindlichen Demagogen verreißt, daß dieser dem unbefangenen Beobachter geradezu als demagogischer Schwächling und Dilettant erscheinen muß. Solche Schaustücke fördern den Zynismus in der Politik. Sie bieten dem schon übermäßig skeptischen deutschen Staatsbürger keinen Anreiz, am politischen Leben aktiv teilzunehmen. Sie sind auch durch eine beginnende Wahlkampagne nicht entschuldigt; denn auch als Wähler hat der Staatsbürger wohl den Anspruch, sachlich informiert und nicht durch antidemagogisch sich gebärdende Demagogen verwirrt zu werden.

### *Wo sitzen die Dogmatiker?*

2. Sicherlich ist die Neigung, nicht vor der eigenen Tür zu kehren, sondern Heber Unrat vor andere Türen zu schütten, um dort dann um so eifriger fegen zu können, in allen Lagern zu finden. Wenn man aber, wie der Verfasser in den letzten Jahren, immer wieder Gelegenheit hatte, mit Unternehmern und Gewerkschaftern, mit Liberalisten und Sozialisten über ordnungspolitische Themen zu diskutieren, und wenn man die einschlägigen Publikationen in dieser Zeit verfolgt, dann kann man sich doch des Eindrucks nicht erwehren, daß die Haltung bei den Sozialisten und Gewerkschaftern — von Einzelfällen abgesehen — heute sehr viel aufgeschlossener, undogmatischer und selbstkriti-

scher ist als im gegnerischen Lager<sup>1</sup>). Der Abstand der heutigen Sozialisten vom marxistischen Dogma ist jedenfalls sehr viel größer als der Abstand der Antisozialisten vom liberalistischen.

Man kann heute geradezu von einem falschen Bewußtsein sprechen, das die Antisozialisten vom demokratischen Sozialismus haben und offenbar eifrig pflegen. Wenn das Bekenntnis der SPD zur Marktwirtschaft auf dem Dortmunder Parteitag und die Bochumer Rede des Hamburger Wirtschaftssenators *Prof. Schiller*<sup>2</sup>) im gegnerischen Lager als völliges Novum in der Geschichte der SPD registriert worden sind, so zeigt das, daß man dort wenig orientiert darüber ist oder sein will, was seit der letzten Jahrhundertwende, mindestens aber seit der bolschewistischen Revolution und der ersten Sozialisierungsdebatte in der sozialistischen Bewegung vor sich geht<sup>3</sup>). Wohl ist die SPD an diesen falschen Vorstellungen nicht ganz schuldlos. In den letzten Jahren seit 1945 hat sie sich kaum um die Pflege einer innerparteilichen Grundsatzdebatte bemüht. So blieb vieles unklar und mancher Parteifunktionär geneigt, in Wahlreden und Presseartikeln bei seinen marxistischen Reminiszenzen anzuknüpfen. Aber das ist keine ausreichende Entschuldigung für das entstellende Bild, das immer wieder im antisozialistischen Lager vom Sozialismus entworfen wird. Aus den offiziösen Schriften ihres Parteivorstandes und den Publikationen ihrer Fachleute<sup>4</sup>) hätte man sich schon ein richtiges Bild von den sozialen und wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen der SPD und dem Entwicklungstrend dieser Vorstellungen machen können.

3. Dieses falsche Bewußtsein der Liberalisten vom politischen Gegenspieler und seinem Wollen findet sein Gegenstück in ihrem eigenen dogmatisch verkrampften Festhalten an bestimmten Ordnungsvorstellungen, deren Problematik sie kaum zu erkennen vermögen. Der Schock, der den Menschen durch die Erfahrungen mit dem Bolschewismus und Nationalsozialismus versetzt worden ist, macht es den Liberalisten heute leicht, mit dem Schreckgespenst des „Kollektivismus“ zu operieren. (Mit diesem Wort ist in den letzten Jahren von liberalistischer Seite beinahe noch mehr Verwirrung gestiftet worden als von orthodox-marxistischer Seite mit dem fast so vieldeutigen Wort „Kapitalismus“ in einem ganzen Jahrhundert.)

Diese unserer Zeitstimmung<sup>5</sup>) entsprechende Verwirrung der Gemüter, in der die Liberalisten zum Teil selbst befangen sind und von der sie politisch leben, steht einer fruchtbaren Klärung der wirtschaftlichen Ordnungsfrage im Wege und legt die Befürchtung nahe, daß wir in Deutschland aus der Gegensatzdialektik der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung nicht hinauszugelangen vermögen. Eine Durchbrechung dieses dialektischen Zirkels ist jedenfalls nur möglich, wenn sich die Diskussionspartner immer wieder bemühen, frei von interessenbedingten oder psychotischen Voreingenommenheiten, unter Hintansetzung des Rechthabenswollens und des demagogischen Scheinerfolges in

1) Der Verfasser konnte verschiedentlich feststellen, daß selbst eine recht massive Kritik, wie sie in seinen Vorträgen „Der nationalökonomische Unterricht, seine soziale und politische Bedeutung“ (Gewerkschaftliche Monatshefte, 1952, H. 4), „Der Kampf um Wirtschaftsdemokratie und Mitbestimmung“ (Wirtschaftsdienst, 1952, H. 12) und „Die Krise des Marxismus“ (Mitteilungen der Akademie für Gemeinwirtschaft Hamburg, 1952, H. 2) vorgebracht wurde, gerade bei seinen sozialistischen und gewerkschaftlichen Hörern bereitwillige Aufnahme fand.

2) Der vom „Spiegel“ als Salonsozialist wohl kaum richtig gekennzeichnet worden ist. Auch dieser Zeitschrift, die sonst meist mit Erfolg bemüht ist, die politischen Dinge ins rechte Licht zu rücken, ist es mit ihrem Artikel „Man im Schrank“ („Der Spiegel“ vom 25. 2. 1953) nicht gelungen, ein wirklich zutreffendes Bild von der geistigen und politischen Situation des demokratischen Sozialismus zu geben.

3) Vgl. dazu H.-D. Ortlieb „Der gegenwärtige Stand der Sozialisierungsdebatte in Deutschland“, Schriften d. Vereins f. Sozialpolitik. N. F. Bd. 2 S. 189-289. Berlin 1950.

4) Von den Nationalökonomern, die zum Teil in kritischer Auseinandersetzung mit den alten Dogmen des Sozialismus positiv dazu beitragen, die sozialistischen Ordnungsvorstellungen weiterzuentwickeln, seien hier nur die Namen Baade, v. Eyern, Heimann, Mackenrath, Peter, Ritschl, Schiller, Alfred Weber und Weisser genannt. Wobei es bezeichnenderweise für die heutige SPD keine Rolle mehr spielt, ob der Beitragleistende Parteimitglied ist oder nicht.

5) Vgl. dazu H.-D. Ortlieb „Dogmatismus — unser wirtschaftspolitisches Schicksal?“ Gewerkschaftliche Monatshefte 1951, H. 2 S. 69 ff.

eine echte Auseinandersetzung miteinander zu treten. Dazu gehört dann auch, daß man verfehlte Versuche richtigstellt. Solche Versuche scheinen uns in den „*Gedanken zur sozialen Ordnung*“ der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände<sup>6)</sup> und noch viel mehr in zwei Artikeln von Prof. Erich Weiter<sup>7)</sup> vorzuliegen.

*Die Sozialordnung der deutschen Arbeitgeberverbände*

4. Zunächst ist man angenehm berührt, wenn man in der Schrift der Arbeitgeberverbände liest, daß Wirtschafts- und Sozialordnungen niemals Selbstzweck sind, sondern den Menschen dienen. Man möchte höchstens hinzufügen: möglichst *allen* Menschen gleichermaßen dienen! — Auch dem angebotenen Weg: „Aus der Wirklichkeit des Daseins, aus der Schöpfungsordnung der Welt die Eigengesetzlichkeiten für das Zusammenleben der Menschen zu erforschen und von dieser Grundlage aus ein System praktischer Maßnahmen zu begründen“, kann man in dieser allgemeinen Formulierung zustimmen, wengleich sofort der Verdacht entsteht, ob mit der „Eigengesetzlichkeit“ nicht ausschließlich jene des Marktmechanismus gemeint ist, die, unter das liberalistische Tabu gestellt, dann keine Frage mehr nach ihrem sozial-ökonomischen Effekt in der Wirklichkeit gestattet. Dieser Verdacht wird in den folgenden Ausführungen mehr bestätigt als zerstreut, weil die Schrift in der Frage, wie die wirtschaftspolitische Lenkung der Marktwirtschaft aussehen darf, mit Allgemeinplätzen sich begnügt, die ein weitgehendes Festgelegtsein auf die marktmechanische Lenkung der Wirtschaft vermuten lassen.

5. Die Schrift bekennt zwar: „Die Erkenntnis von der Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft darf selbstverständlich nicht blind machen für Mängel, die auch ihr, wie jeder menschlichen Institution, anhaften. Man muß wach bleiben. Verbesserungen und Umstellungen der Gütererzeugung nach Art, Umfang und Qualität sowie die Streuung von Sacheigentum in möglichst weite Schichten der Bevölkerung sind im Rahmen der Marktwirtschaft niemals ausgeschlossen. Sie werden vielmehr durch die Natur der Marktwirtschaft gerade begünstigt und können durch mannigfache Steuerungsmittel herbeigeführt werden.“ Sie sagt aber nichts über das Entscheidende, nämlich über die Steuerungsmittel. Auf der gleichen Seite heißt es: „Es ist Aufgabe unserer Sozialordnung, ein höchstmögliches Maß an sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit zu gewährleisten. Das entspricht dem sozialen Gewissen unserer Zeit, und das ist der Wille der deutschen Unternehmer.“

Damit könnte sich auch ein Sozialist einverstanden erklären. Er müßte nur zurückfragen, was man denn unter einem „höchstmöglichen Maß an sozialer Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit“ verstehen soll, ob dieses Maß etwa bereits in unserer sogenannten „Sozialen Marktwirtschaft“ erreicht worden sei oder ob sich dort nicht bestimmte Wirtschaftsfreiheiten etwas einseitig auf Kosten von Gerechtigkeit und Sicherheit ausgedehnt hätten. Der Sozialist würde vermessen, daß nicht klar herausgestellt worden ist, wie so verschiedene Zielsetzungen wie Freiheit, Gerechtigkeit und Sicherheit in der Wirtschaft von einem gewissen Punkt in Widerstreit miteinander geraten müssen, so daß man sich für das eine Ziel auf Kosten des anderen entscheiden muß<sup>8)</sup>. Es geht einem heute beim Lesen vieler liberalistischer Traktätchen so, daß man den Eindruck gewinnt, die frühere Unfähigkeit der Sozialisten, den Widerstreit verschiedener sozial-ökonomischer Zielsetzungen zu erkennen, sei heute in verstärktem Maße auf die Liberalisten übergegangen — obwohl der Gerechtigkeit wegen gesagt werden muß, daß in dieser Hinsicht auch auf sozialistischer Seite noch nicht alles zum besten bestellt ist.

6) Köln, im März 1953.

7) „Wirtschaftsdemagogie. Aus dem Märchenbuch moderner Volksverführer“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 2. 1953, und „Der Schlüssel zum Erfolg. Eine wirtschaftspolitische Vorschau auf das Wahljahr 1953“, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. 12. 1952.

8) Vgl. dazu H.-D. Ortlieb „Der nationalökonomische Unterricht . . .“, Gewerkschaftliche Monatshefte 1952, H. 4.

6. Die Schrift bringt zur entscheidenden Frage also nichts Zureichendes. Das würde sie noch nicht völlig ungeeignet machen, wenigstens Ausgangspunkt für eine Diskussion zwischen den Sozialpartnern über die Vereinbarkeit einer liberalen und sozialen Wirtschaftspolitik zu werden. Was sie dazu untauglich macht, ist vor allem das entstellende Bild, das sie wieder vom demokratischen Sozialismus entwirft. Das muß eine unfreundliche Atmosphäre schaffen und zur Vermutung Anlaß geben, daß es mit der Verständigungsbereitschaft nicht weit her ist. Es ist mehr als billig, aus dem Gegner einen Popanz zu machen, um ihn dann um so leichter abstechen zu können.

Es wird da behauptet, der demokratische Sozialismus bekenne sich zur „wachsenden Ausdehnung des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln“. In dieser allgemeinen Formulierung klingt es so, als sei der Sozialismus auch heute noch prinzipieller Feind des Privateigentums. In Wirklichkeit ist für die weit überwiegende Mehrheit der sozialistischen Wirtschaftspolitiker heute die Eigentumsfrage eine reine Zweckmäßigkeitsfrage, an deren Lösung man ohne jede Voreiligkeit und Voreingenommenheit herangehen will. Daß für den größten Teil der Wirtschaft das Privateigentum die zweckmäßigste Eigentumsform sein dürfte, darüber ist sich der demokratische Sozialist längst klar geworden. Ausgerechnet diejenigen Leute werfen ihm in dieser Frage heute dogmatische Verbohrtheit vor, die sich für das Privateigentum als die alleinseligmachende Form erklären und am liebsten jeden kommunalen Betrieb privatisieren möchten, die sich also selbst dogmatisch festlegen und jedes Zweckmäßigkeitsdenken ablehnen.

Ähnlich summarisch und voreingenommen wird mit der vom Sozialismus für notwendig gehaltenen wirtschaftlichen Planung verfahren. Was dort von der Kernplanung (die Sozialisten pflegen gewöhnlich von Rahmenplanung zu sprechen) gesagt wird, die schließlich zum Konzentrationslager führen soll, klingt verdächtig nach der „Unvereinbarkeitslehre“ *Wilhelm Röpkes*, für deren Richtigkeit bisher noch kein Beweis erbracht worden ist<sup>9</sup>). Wenn man jede wirtschaftspolitische Maßnahme, die vom Nationalsozialismus angewandt worden ist, mit ihm und seinen Konzentrationslagern identifiziert, dann benimmt man sich nicht klüger als die Marxisten, die jede Geld- und Marktwirtschaft über Bord werfen wollten, weil sie in einer bestimmten historischen Situation zur Ausbeutung und Verelendung der Arbeitermassen geführt hat.

7. Daß der Lebensstandard des Arbeiters bei gleichzeitiger Verkürzung der Arbeitszeit sich in den letzten 100 Jahren beträchtlich gehoben hat, wird heute kein Sozialist bestreiten. Fraglich erscheint ihm allerdings, ob das ohne politische und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterschaft möglich gewesen wäre. Sollte die Unternehmerschaft anderer Meinung sein, so muß sie über eine naive Unbewußtheit von ihrer eigenen Verhaltensweise verfügen.

Dafür spricht auch die summarische Ablehnung des Begriffes der „kapitalistischen Klassengesellschaft“. Zweifellos hat *Marx* unsere soziale Wirklichkeit mit diesem Begriff zu einfach gezeichnet<sup>10</sup>). Jedoch ist das Vorhandensein eines Interessenkampfes, der zeitweilig die Formen eines Klassenkampfes annehmen kann, auch für unsere Gegenwart nicht abzuleugnen. Und zwar liegt ein solcher Klassenkampf nicht nur dann vor, wenn die Gewerkschaften streiken, sondern auch, wenn die Unternehmer rücksichtslos ihre Marktchancen wahrnehmen und dafür sorgen, daß keine Wirtschaftspolitik Platz greift, die ihren Interessen zuwiderläuft.

„Wir Deutsche haben eine verhängnisvolle Begabung“, heißt es in der Schrift, „Unterschiede der Meinungen leidenschaftlich zu vertiefen, das Gemeinsame der Gesinnung aber zu verkennen.“ Man kann nur sagen, daß die Schrift von dieser Begabung ausreichend Gebrauch gemacht hat. Sie läßt ernsthafte Zweifel entstehen, ob ein sachliches Gespräch überhaupt möglich ist.

9) Vgl. dazu H.-D. Ortlieb, *Gewerkschaftliche Monatshefte* 1951, H. 2, S. 70, und E. Arndt „Zur Kritik der neoliberalen Unvereinbarkeitslehre“, ebenda S. 75 ff.

10) Vgl. „Die Krise des Marxismus“, a.a.O. S. 42 ff.

*Professor Welters Märchenbuch*

8. Schlimmer steht es noch um die beiden wirtschaftspolitischen Artikel *Erich Welters*. Dieses Sammelsurium von berechtigter Kritik, Halbwahrheiten und Entstellungen ist ein Meisterstück der Wirtschaftsdemagogie, verfaßt unter dem Vorwand, Wirtschaftsdemagogie zu entlarven. Es übertrifft noch die Äußerungen, die Wirtschaftsminister *Erhard* gelegentlich über den demokratischen Sozialismus von sich gibt<sup>11)</sup>, und ist bestens geeignet, Verständigung und Klärung zwischen den Diskussionspartnern zu verhindern.

Welter greift in seinem Artikel „Wirtschaftsdemagogie: Aus dem Märchenbuch moderner Volksverführer“ einige sozialistische und gewerkschaftliche Wirtschaftspolitiker an und versucht, sie durch Zwischenüberschriften wie 1. Ollenhauers „Tischleindeckdich“, 2. Fritz Baades Aschenbrödel, 3. Nöltings Wirtschaftsbaby, 4. Vom bösen Kapital und 5. der „Satellit“, der keiner ist (gemeint ist Minister Erhard, der kein Satellit der Unternehmerschaft sein soll) lächerlich zu machen. Solche Zwischenüberschriften könnten auf eine humorvolle Plauderei schließen lassen, gegen die nichts einzuwenden wäre, wenn dort Humor mit sachlicher Erörterung gepaart wäre. Davon kann aber keine Rede sein. Die Schärfe der Tonart läßt nichts zu wünschen übrig. Zu einem heiligen Zorn liegt aber für Welter um so weniger Anlaß vor, als er seine Gegner meist mit der gleichen demagogischen Methode der Simplifizierung oder Entstellung des Sachverhaltes widerlegt, die er glaubt, bei ihnen feststellen zu müssen.

9. Zunächst eine, wie uns scheint, berechtigte Kritik, die durchaus verdient, höhergehängt zu werden. Unter „Vom bösen Kapital“ kritisiert Welter ein Plakat, das im Kampf um die Ausdehnung der Mitbestimmung in wirtschaftspolitischen Fragen an allen Anschlagssäulen angeschlagen gewesen sein und die Überschrift getragen haben soll: Wer trägt das Risiko in der Wirtschaft? Kapital oder Arbeitskraft? „Das mit dem Wort ‚es geht nicht ohne uns‘ schließende Plakat“, so schreibt Welter, „war vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterzeichnet. Der Kernsatz lautete: ‚15 Millionen erarbeiten ein Sozialprodukt von 100 Milliarden. Die Lohn- und Gehaltssummen betragen hiervon etwa den dritten Teil. — Wenn jemand ein Plakat mit der Unterschrift einer in weiten Kreisen als honorig geltenden Organisation und mit der Überschrift ‚Kapital oder Arbeit‘ liest und dann erfährt, daß 15 Millionen ein Sozialprodukt von 100 Milliarden erarbeiten, daß die Lohn- und Gehaltsempfänger davon aber nur ein Drittel erhalten, so bleibt ihm nichts anderes übrig, als den Schluß zu ziehen, der Rest von zwei Drittel entfalle auf das Ungetüm Kapital. Diesen Irrtum hervorzurufen, war wohl der Zweck der ganzen Übung.“ Ohne auf die daran anschließenden Gegenargumente Welters noch einzugehen, muß ihm ohne weiteres zugegeben werden, daß dies in der Tat Demagogie ist, denn es erweckt falsche Vorstellungen von den wirklichen Verhältnissen. Leider muß aber festgestellt werden, daß solche Methoden auch im anderen Lager üblich sind. Wir entsinnen uns noch genau eines Wahlplakates einer antisozialistischen Partei, das gleichzeitig Vollbeschäftigung *und* freie Marktwirtschaft, also etwas versprach, was sonst von der gleichen Partei in Publikationen, die nicht für die breiteste Öffentlichkeit bestimmt sind, als unvereinbar abgelehnt wird. Wir wollen hoffen, daß Herrn Welter über ein solches Plakat die Zornesader gleichermaßen anschwellen wird, wie es beim Gewerkschaftsplakat geschehen ist.

10. Von den übrigen Beispielen, wo Welter, selbst demagogisch wird, möchten wir uns auf das beschränken, bei dem es um den Kernpunkt der gewerkschaftlichen und sozialistischen Kritik an der „sozialen Marktwirtschaft“ geht, nämlich um die *Einkommensverteilung*.

11) Vgl. u. a. L. Erhard „Freiheit und Ordnung“, der „Volkswirt“ vom 20. 12. 1952.

Unter „Ollenhauers Tischleindeckdich“ kritisiert Welter folgenden Ausspruch des SPD-Vorsitzenden auf dem Dortmunder Parteitag: „Unsere Regierung hat die grausamste Form der Rationierung, die durch den Geldbeutel, gewählt. In Deutschland hat der kleine Mann die volle Freiheit, auf Butter, Fleisch und Kaffee zu verzichten.“ In dem früheren Artikel „Der Schlüssel zum Erfolg“ hatte eine ähnliche Formulierung *Nöltings* bereits Welters Zorn erregt. Diese Formulierung lautete nach seinem Zitat: „Warum kann denn Herr Meier dreimal am Tage bei uns Steak und Kotelett essen? Weil er das Steak und Kotelett des Herrn Schulze mitfrißt und weil viele infolge ihres niedrigen Einkommens von jedem Fleischgenuß ausgeschlossen sind.“

Beide Aussprüche enthalten die gleiche Behauptung, daß nämlich die Einkommensverteilung in unserer westdeutschen Bundesrepublik nicht in Ordnung sei, eine Behauptung, mit der die beiden Kritisierten bestimmt nicht allein stehen. Gegen ihre Formulierungen könnte man allerdings einwenden, daß sie das quantitative Problem außer acht lassen. Auf dem Dortmunder Parteitag ist dazu einiges gesagt worden, so daß *Ollenhauer* darauf verzichten konnte. Ob *Nöltig* in seiner Rede dazu Ausführungen gemacht hat, kann man aus dem Zitat nicht entnehmen. Da Herr Welter demagogische Methoden nicht fremd sind, muß man vermuten, daß er die Bemerkung *Nöltings* aus dem Zusammenhang gerissen hat.

Was entgegnet nun Welter auf die Behauptung *Ollenhauers*? — Er schreibt: „Wie sieht es mit dieser grausamsten Methode der Rationierung durch den Geldbeutel in Wirklichkeit aus? Ist nicht im Gegenteil die Gleichmacherei der Einkommen (d. h. doch der Geldbeutel), die Einebnung der Einkommensunterschiede durch die bisherige Staffellung der Einkommensteuer schon bedenklich weit fortgeschritten?“ — Sollte es Welter wirklich entgangen sein, daß unsere progressive Einkommensteuer schon lange zur Ursache unserer heutigen *Einkommenschifferenzierungen* geworden ist? Weiß er wirklich nicht, daß die Gepflogenheit, konsumtive Ausgaben als produktive getarnt durch die Bücher laufen zu lassen, immer noch im Anwachsen begriffen ist? Wenn es wirklich nur Bruttomillionäre gäbe, wie Welter annimmt, wie erklärt er sich dann den quantitativ nicht unbeachtlichen Luxuskonsum, der in allen größeren Städten und an vielen Erholungs- und Vergnügungsstätten sichtbar ist? Wer damit nicht einverstanden ist, braucht nicht immer von Neid erfüllt zu sein. Er kann auch ein soziales Gewissen haben, für das ein solcher nicht nur auf Millionäre beschränkter Lebensstandard nicht vereinbar ist mit der Not, in der heute noch Millionen von Flüchtlingen, Arbeitslosen und Rentnern leben müssen.

Die heutigen Konsumgepflogenheiten des Normalarbeiters, die Welter uns am Beispiel einiger Lebensmittel bringt, überzeugen uns nicht davon, daß er heute schon am „Paradies der Reichen“ teilnehmen kann. Immerhin ließe sich daran beim heutigen Stande des Sozialproduktes vielleicht nicht allzuviel ändern. Leider sagt uns Welter nichts über den Lebensstandard der untersten wirklich in Not befindlichen Schichten. Es würde uns interessieren zu erfahren, ob er es für notwendig befindet, auch ihre Not als unvermeidlich hinzunehmen.

11. Und noch eins: Wenn schon viele Verteidiger der „sozialen Marktwirtschaft“ wie Welter gegenüber der einkommenspolitischen Kritik ihrer Gegner allergisch geworden sind und sie für ungerecht halten, weshalb geschieht dann nichts, um durch ein neutrales sachverständiges Gremium die Einkommens- und Vermögensverhältnisse in der Bundesrepublik durchleuchten zu lassen? Unsere soziale Wirtschaftsstatistik ist völlig unzureichend. Die Zeit für eine umfassende Sozial- und Wirtschaftsenquete ist mehr als überfällig. Aber es geschieht nichts in dieser Hinsicht. Man darf sich dann nicht wundern, wenn der Verdacht entsteht, daß die Klärung bestimmter Fragen gar nicht gewünscht wird. Auch die „Diktatur der Fragebogen“ wird ja bereits als Kollektivismus

verdächtigt. Nur nimmt man sich damit auch das Recht, den Gegner der Demagogie zu bezichtigen. Seine Schuld ist es nicht, daß er über gewisse Dinge nur Vermutungen hegen kann. Im übrigen gibt es nicht nur eine Demagogie der falschen Beschuldigungen, sondern auch eine der Vernebelung.

12. Aber kehren wir zu Welters Märchenbüchern zurück! Es ließe sich zu ihnen noch viel mehr sagen. Es würde sich durchaus lohnen, sie in einer volkswirtschaftlichen Übung für Fortgeschrittene zur Grundlage einer eingehenden Besprechung zu machen; denn wir sollten mehr als bisher darauf sehen, schon die jungen Nationalökonomien zu einer Sauberkeit der Argumentation zu erziehen. Vielleicht wird davon nicht zuletzt die Lebensfähigkeit unserer Demokratie abhängen.

Die Moral der Geschichte sollte wohl für Sozialisten und Gewerkschafter nicht zweifelhaft sein. Man sollte sich das Niveau der Auseinandersetzung nicht vom Gegner vorschreiben lassen. Vielleicht verliert man mit Sauberkeit und Klarheit der Argumentation die erste Wahlkampagne. Das kann schon sein. Auf die Dauer macht sich aber auch in der Politik Charakter bezahlt. Heute, wo die Zahl derer, die den Politikern mißtrauen, so groß ist, mehr denn je. Man sollte dagegen auch das Argument, daß wir keine Zeit zu verlieren haben, nicht ins Feld führen. Gerade der Sozialismus braucht das unerschütterliche Vertrauen der Mehrheit, will er seine Ordnungsvorstellungen mit Erfolg verwirklichen können.